

Zollrecht aktuell

BAFA - Neubekanntgabe Allgemeiner Genehmigungen und ergänzende Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren

Januar 2024 (1)

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerne übersenden wir Ihnen unseren aktuellen Newsletter Januar 2024 (1).

Bereits im Juli 2023 veröffentlichten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesamt für Wirtschaft und Außenkontrolle (BAFA) die bereits zum 01. September 2023 in Kraft getretenen Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung der allgemeinen Genehmigungsverfahren. Wie in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 29. Dezember 2023 vom BMWK und BAFA angekündigt, ist ergänzend zu diesen Verfahrensverbesserungen am 8. Januar 2024 ein weiteres Maßnahmenpaket veröffentlicht worden; hierbei sollen insbesondere auch weitere Allgemeine Genehmigungen für eine Beschleunigung der Exportkontrolle sorgen. Gerne informieren wir Sie im Folgenden über die maßgeblichen Erweiterungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Tervooren
Partner | Customs, Excise & International Trade

Patrick Kalski
Director | Customs, Excise & International Trade

Inhalt

BAFA - Neubekanntgabe Allgemeiner Genehmigungen und ergänzende Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren	2
In Kürze	2
Hintergrund	2
Fazit	6
Kurzthemen	7
Bekanntgabe des CBAM-Berichtsportals	7
Neue Gebührenpflicht für Amtshandlungen in der Ausfuhrkontrolle	7
Ansatz zur Umsetzung der Anforderungen an eine Re-Exportkontrollklausel	7
Service	8
Hinweis SAP GTS	8
Über uns	8
Ihre Ansprechpartner	8
Redaktion	8
Bestellung	9

BAFA - Neubekanntgabe Allgemeiner Genehmigungen und ergänzende Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren

In Kürze

In der gemeinsamen Presseerklärung am 29. Dezember 2023 kündigten BMWK und BAFA zusätzliche Schritte zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung der Verfahren im Bereich der Exportkontrolle an. Neben einer Stärkung der Entscheidungsbefugnisse des BAFA sollen Genehmigungsverfahren durch Anpassungen an bestehenden und die Einführung neuer Allgemeiner Genehmigungen weiter optimiert werden. Diese Maßnahmen sollen eine Ergänzung zu den bereits zum 1. September 2023 in Kraft getretenen Verbesserungen der Verfahren darstellen.

Die wichtigsten Maßnahmen umfassen insbesondere eine Überarbeitung der bereits bestehenden nationalen Allgemeinen Genehmigungen und die Ankündigung von drei neuen Allgemeinen Genehmigungen. Diese Änderungen sowie die Einführung der drei neuen Allgemeinen Genehmigungen sind nun zum 8. Januar 2024 in Kraft getreten.

Hintergrund

Das Bafa definiert Allgemeine Genehmigungen (AGG) als eine besondere Art von Ausfuhrgenehmigungen. Sie haben die gleiche Wirkung wie herkömmliche Ausfuhrgenehmigungen, müssen jedoch nicht explizit von Exporteuren beantragt werden. Stattdessen werden Allgemeine Genehmigungen von den Behörden von Amts wegen bekannt gegeben. Demnach seien automatisch alle Exporte genehmigt, die die Bedingungen der jeweiligen Allgemeinen Genehmigung erfüllen. Dies biete den Exporteuren den Vorteil unmittelbarer Liefermöglichkeiten und einer planbaren Sicherheit während der Gültigkeitsdauer der entsprechenden Allgemeinen Genehmigung.

Folgende bereits bestehende Allgemeine Genehmigungen wurden bereits im Bereich der Rüstungsgüter und der Dual-Use-Güter überarbeitet, vom BAFA bekanntgegeben und sind zum 8. Januar 2024 in Kraft getreten:

Nachfolgend haben wir die aus unserer Sicht wesentlichen, auf der Webpage der BAFA jüngst veröffentlichten Informationen zusammengetragen. Eine Übersicht der derzeit gültigen AGG können Sie über diesen **Link** erhalten. Weitere Informationen können Sie überdies über diesen **Link** einholen.

I. Neuerungen im Bereich der Rüstungsgüter

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 35 (neu):**
Die neue Allgemeine Genehmigung Nr. 35 ist neu eingeführt worden und erleichtert die Ausfuhr und Verbringung von Ersatzteilen für Rüstungsgüter, die in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste aufgeführt sind. Diese Ersatzteile sind notwendig für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft der Hauptsache. Die Genehmigung gilt nicht für bestimmte Güter (Güter Nr.: 0001, 0002, 0003a, 00021b und 00022 (zulässig ist jedoch Verwendungstechnologie)).

Voraussetzungen für die Nutzung der Genehmigung sind unter anderem die vorherige Genehmigung der Hauptsache durch das BAFA, die Ausfuhr- oder Verbringungsgenehmigung für die Hauptsache, und die Begrenzung des Werts der Ersatzteile auf 25 % des Warenwerts der Hauptsache.

Die Nutzung der Genehmigung ist auf fünf Jahre ab dem Datum der Erteilung oder der Ausfuhr der Hauptsache beschränkt. Die Begünstigung erstreckt sich auf alle Länder außer bestimmten Waffenembargoländern im Sinne des § 74 Abs. 1 AWV sowie in Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, China (einschließlich der Sonderverwaltungsregion Hong Kong), Gabun, Jemen, Liberia, Mali, Niger, Saudi-Arabien und die Türkei. Die Ausfuhren müssen halbjährlich dem BAFA über das ELAN-K2 Ausfuhr-System gemeldet werden. Die Genehmigung ist seit dem 8. Januar 2024 gültig und endet am 31. März 2025.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 19 (Erweiterung):**

Die Änderungen der Allgemeinen Genehmigung Nr. 19 für Landfahrzeuge für militärische Zwecke wurden am 5. Januar 2024 bekannt gegeben. Es wurde ein Ausschlusskriterium hinzugefügt, wonach die Genehmigung nicht für Güter gilt, die dem Kriegswaffenkontrollgesetz und der dazugehörigen Kriegswaffenliste unterliegen. Der Kreis der zugelassenen Güter wurde erweitert, indem Güter der Nummer 0006a des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage zur AWV) in bestimmte Bestimmungsziele aufgenommen wurden. Aufgrund aktueller Entwicklungen wurden Gabun, Mali und Niger aus dem begünstigten Kreis gestrichen, während Albanien, Nordmazedonien und Montenegro als zugelassene Bestimmungsziele hinzugefügt wurden. Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig. Die vorherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 19 wurde mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 23 (Anpassung):**

Die Änderungen an der Allgemeinen Genehmigung Nr. 23 für Wiederausfuhr wurden am 5. Januar 2024 bekannt gegeben. Aufgrund aktueller Entwicklungen wurden Gabun, Mali und Niger aus dem Kreis der begünstigten Bestimmungsziele gestrichen. Darüber hinaus wurde in Abschnitt II, Nummer 4.1 d eine neue Fallgruppe eingeführt, die die Wiederausfuhr nach Wartung, Instandsetzung, Präsentation, Tests, Erprobung oder Begutachtung im Inland in das ursprüngliche Versendungsland begünstigt. Dies umfasst den Austausch von Gütern gleicher Beschaffenheit und Anzahl gegen die aus den genannten Gründen eingeführten oder verbrachten Güter. Im Gegensatz zu anderen Fallgruppen (4.1 a bis 4.1 c) bedarf die Nutzung dieser Fallgruppe keiner vorherigen Genehmigung durch das BAFA. Abschnitt II, Nummer 5 klärt zudem, dass diese Fallgruppe nur für Verbringungen in das Zollgebiet der Europäischen Union sowie für Ausfuhren an Mitgliedstaaten der NATO (außer der Türkei), Australien, Japan, Liechtenstein, Neuseeland, die Republik Korea, Schweiz und Singapur gilt. Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig, wobei die vorherige Fassung mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben wurde.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 25 (Erweiterung):**

In Nr. 25 wurden mehrere zusätzliche Fallgruppen eingeführt:

- In Abschnitt II, Nummer 4.17 werden Ausfuhren und Verbringungen an staatliche Stellen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland begünstigt, wenn zum Zeitpunkt der Ausfuhr oder Verbringung ein Vertrag zur Lieferung der Güter mit der zuständigen staatlichen Stelle besteht.
- In Abschnitt II, Nummer 4.18 werden Ausfuhren und Verbringungen begünstigt, die im Auftrag oder auf Veranlassung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland zur Erledigung dienstlicher Aufgaben oder zur dienstlichen Verwendung erfolgen.
- In Abschnitt II, Nummer 4.19 werden Ausfuhren und Verbringungen im Rahmen einer Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung privilegiert, wenn die Ausfuhr oder Verbringung aufgrund eines bestehenden Vertrags im Zusammenhang mit dieser Initiative erfolgt und vom zuständigen Bundesministerium bestätigt wurde.
- In Abschnitt II, Nummer 4.20 werden Ausfuhren und Verbringungen an offizielle Friedensmissionen der Vereinten Nationen begünstigt, wenn sie aufgrund eines bestehenden Vertrags oder Auftrags erfolgen, der diese Missionen als Empfänger ausweist.

Zusätzlich wurden aufgrund aktueller Entwicklungen die Länder Gabun, Mali und Niger aus dem Kreis der begünstigten Bestimmungsziele in Abschnitt II, Nummer 5.3 gestrichen. Die geänderte Allgemeine

Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig, wobei die vorherige Fassung mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben wurde

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 26 (Anpassung):**

In Nr. 26 wurden folgende Anpassungen vorgenommen:

- In Abschnitt II, Nummer 3.2 wurde ein Ausschlussstatbestand hinzugefügt, der besagt, dass die Nutzung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 26 nicht erlaubt ist, wenn Güter mit IT-Sicherheitsfunktionen, die gemäß der VS-Anweisung (VSA) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zugelassen sind oder für die eine Zulassung beantragt wurde, exportiert werden sollen. Dies gilt für die Verwendung im Zusammenhang mit als Verschlusssachen eingestuften Informationen gemäß dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG).
- In Abschnitt II, Nummer 4.1 d wurde eine neue Fallgruppe eingeführt, die Ausfuhren an die Streitkräfte von EU-Mitgliedstaaten, NATO-Mitgliedstaaten (außer der Türkei), sowie Australien, Japan, Liechtenstein, Neuseeland und der Schweiz begünstigt, wenn sie zur Erledigung dienstlicher Aufgaben oder zur eigenen dienstlichen Verwendung außerhalb des eigenen Staatsgebiets erfolgen.
- In Abschnitt II, Nummer 5.2 wurde klargestellt, dass die Allgemeine Genehmigung Nr. 26 für Ausfuhren oder Verbringungen in alle Länder gilt, außer in Länder, die in § 74 Abs. 1 AWW genannt sind, sowie außer Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, China (einschließlich der Sonderverwaltungsregion Hong Kong), Elfenbeinküste, Eritrea, Gabun, Jemen, Liberia, Mali, Marokko, Mosambik, Niger, Ruanda, Saudi-Arabien, Thailand, Türkei, Usbekistan und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig. Die vorherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 26 wurde mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 33 (Erweiterung):**

Für Nr. 33 sind folgende Anpassungen in Kraft getreten:

- In Abschnitt II, Nummer 3.3 wurde ein Ausschlussstatbestand hinzugefügt, der besagt, dass die Nutzung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 33 nicht gestattet ist, wenn Güter mit IT-Sicherheitsfunktionen, die gemäß der VS-Anweisung (VSA) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zugelassen sind oder für die eine Zulassung beantragt wurde, exportiert werden sollen. Dies betrifft die Verwendung im Zusammenhang mit als Verschlusssachen eingestuften Informationen gemäß dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG).
- In Abschnitt II, Nummer 5.3 wurde der Kreis der zugelassenen Bestimmungsziele um Singapur erweitert.
- In den Hinweisen wurde eine Definition für Verwendungstechnologie aufgenommen.

Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig. Die vorherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 33 wurde mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

II. Neuerungen im Bereich der Dual-Use-Güter:

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 40 (neu):**

Die Allgemeine Genehmigung Nr. 40 erleichtert die Ausfuhr von bestimmten Waren gemäß den Nummern 1C350 Ziffer 1 bis 3, Ziffer 5 bis 22, Ziffer 24 bis 28 sowie Ziffer 30 bis 65 des Anhangs I der EU-Verordnung, Waren der Nummer 1C450a Ziffer 4 bis 7 und Waren der Nummer 1C450b Ziffer 1 bis 6 und Ziffer 8 des Anhangs I der EU-Verordnung nach Indien. Es ist keine Meldung über die Nutzung dieser Allgemeinen Genehmigung erforderlich.

Die Genehmigung tritt am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2025 gültig.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 41 (neu):**

Die neu eingeführte Allgemeine Genehmigung Nr. 41 erleichtert die Ausfuhr von Ersatzteilen, die in Anhang I der EU-Dual-Use-Verordnung aufgeführt sind und für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft und Funktion der Hauptsache erforderlich sind. Dies gilt jedoch nicht für Güter in Anhang II Abschnitt I der EU-Verordnung sowie für die Gattung E jeder Kategorie des Anhangs I. Die Voraussetzungen für die Nutzung dieser Genehmigung sind:

- Die ursprüngliche Ausfuhr der Hauptsache, für die die Ersatzteile bestimmt sind, muss entweder vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) oder im Rahmen einer Allgemeinen Genehmigung der Europäischen Union genehmigt worden sein.
- Die Ausfuhrgenehmigung für die Hauptsache muss dem Nutzer dieser Allgemeinen Genehmigung oder einem Unternehmen desselben Konzernverbundes erteilt worden sein, oder die Ausfuhr der Hauptsache muss unter rechtmäßiger Nutzung einer Allgemeinen Genehmigung erfolgt sein.
- Die Ausfuhr der Ersatzteile muss an die in der Genehmigung genannten Empfänger und Endverwender erfolgen oder an dieselben Empfänger und Endverwender, an die seinerzeit die Ausfuhr der Hauptsache unter Nutzung der Allgemeinen Genehmigung erfolgte.
- Der Wert der Ersatzteile darf 25 % des Warenwerts der Hauptsache nicht überschreiten. Die Berechnung des Warenwerts erfolgt gemäß § 2 Abs. 23 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG).

Die Nutzung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 41 ist laut BAFA bis zu fünf Jahre nach dem Datum der Erteilung der Genehmigung für die Ausfuhr der Hauptsache oder bis zu fünf Jahre nach der Ausfuhr der Hauptsache (sofern eine Allgemeine Genehmigung genutzt wurde) gestattet, sofern die Genehmigung zur Ausfuhr der Hauptsache nicht widerrufen oder zurückgenommen wurde. Begünstigt werden Ausfuhren von Ersatzteilen an Empfänger und Endverwender weltweit, mit Ausnahme von Waffenembargoländern gemäß Art. 2 Nr. 19 der EU-Dual-Use-Verordnung. Auf Meldungen über die Nutzung der Allgemeinen Genehmigung wird laut BAFA verzichtet.

Die Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2025 gültig.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 13 (Erweiterung):**

Die Allgemeine Genehmigung Nr. 13 (FAG) beinhaltet nun mehrere zusätzliche Fallgruppen:

- Fallgruppe 4.22: Begünstigt Ausfuhren an staatliche Stellen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, sofern zum Zeitpunkt der Ausfuhr ein Vertrag zur Lieferung der Güter mit dieser staatlichen Stelle vorliegt.
- Fallgruppe 4.23: Begünstigt Ausfuhren, die im Auftrag oder auf Veranlassung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland zur Erledigung dienstlicher Aufgaben oder zur dienstlichen Verwendung erfolgen.
- Fallgruppe 4.24: Privilegiert Ausfuhren im Rahmen einer Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, sofern die Ausfuhr auf Grundlage eines zum Zeitpunkt der Ausfuhr bestehenden Vertrags im Zusammenhang mit dieser Ertüchtigungsinitiative erfolgt und der Zusammenhang von dem zuständigen Bundesministerium bestätigt wurde.
- Fallgruppe 4.25: Begünstigt Ausfuhren an offizielle Friedensmissionen der Vereinten Nationen, sofern die Ausfuhr auf Grundlage eines zum Zeitpunkt der Ausfuhr bestehenden Vertrags oder Auftrags erfolgt, der diese Friedensmission der Vereinten Nationen als Empfänger ausweist.
- Fallgruppe 4.26: Privilegiert Ausfuhren an die Streitkräfte eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, eines Mitgliedsstaates der NATO (außer der Türkei), oder an die Streitkräfte von Australien, Japan, Liechtenstein, Neuseeland oder der Schweiz, zur Erledigung dienstlicher Aufgaben oder zur eigenen dienstlichen Verwendung außerhalb des eigenen Staatsgebiets.
- Fallgruppe 4.27: Privilegiert Ausfuhren von speziellen Werkzeugmaschinen zur Fräsbearbeitung von Zahnprothesen der Unternummer 2B201a und für die voran genannten Werkzeugmaschinen dazugehörige Software der Nummer 2D002 des Anhangs I der EU-Verordnung, soweit diese für zahnmedizinische Verwendungszwecke bestimmt sind.

Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig. Die vorherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 13 wurde mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 14 (Erweiterung):**

Die Änderungen an der Allgemeinen Genehmigung Nr. 14 betreffen Wärmetauscher, Ventile, Pumpen sowie Durchlaufmischer und wurden am 5. Januar 2024 bekannt gegeben. Die wesentliche Änderung besteht darin, dass der Kreis der zugelassenen Güter in Abschnitt II, Nummer 4 um Durchlaufmischer erweitert wurde, wobei die Ausnahme explosionsgeschützter Maschinen gilt.

Die geänderte Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und bleibt bis zum 31. März 2024 gültig. Die vorherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 14 wurde mit Wirkung zum 8. Januar 2024 aufgehoben.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 17 (Erweiterung):**

Hier wurde der Kreis der zugelassenen Güter in Abschnitt II, Nr. 4 um Güter der Positionen 3A001e2 und 3A201a des Anhangs I der Verordnung (EU) 2021/821 erweitert.

Die Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und gilt weiterhin bis zum 31. März 2024. Die bisherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 17 trat mit Wirkung zum 8. Januar 2024 außer Kraft.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

- **Allgemeine Genehmigung Nr. 37 (Erweiterung):**

Mit Bekanntgabe vom 5. Januar 2024 wurde in Abschnitt II, Nummer 5 der Kreis der begünstigten Bestimmungsziele um Brasilien erweitert.

Die Allgemeine Genehmigung trat am 8. Januar 2024 in Kraft und gilt weiterhin bis zum 31. März 2024. Die bisherige Fassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 37 trat mit Wirkung zum 8. Januar 2024 außer Kraft.

Weitere Informationen des BAFA entnehmen Sie gern diesem [Link](#).

Fazit

Die vorgenommenen Neuerungen und Anpassungen sollen im Rahmen des BMWK laut Pressemitteilung vom 29. Dezember 2023 zu einer effizienten Exportkontrolle mit schlankeren und präziseren Verfahren führen, ohne dabei die Standards für Überprüfungen zu vernachlässigen. Die bereits in Kraft getretenen Änderungen zielen darauf ab, Exportgenehmigungen durch Vereinfachungen der Verfahren und Reduzierung von Meldepflichten für Exporteure zeitnah zu ermöglichen.

Es wird Exporteuren dringend empfohlen, aufgrund der erweiterten Fallgruppen und der Ausschlüsse bestimmter Länder aus dem Geltungsbereich der Allgemeinen Genehmigungen, ihre Warenliste auf ihre Betroffenheit durch die aktualisierten AGG zu überprüfen. Falls Exporteure auf eine solche Überprüfung verzichten, besteht das Risiko, dass von den neuen Vorteilen der AGG nicht profitiert wird. Darüber hinaus könnten Exportziele und -waren von den AGG ausgeschlossenen Bestimmungszielen und Waren unterliegen. Um potenzielle Vorteile nicht zu versäumen und Risiken zu vermeiden, wird eine sorgfältige Überprüfung der eigenen Ausfuhrwaren empfohlen.

Gerne unterstützen wir Sie bei der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen!

Kurzthemen

Bekanntgabe des CBAM-Berichtsportals

In den jüngsten Ausgaben unseres Newsletters haben wir Sie über die am 10. Mai 2023 in Kraft getretene EU-Verordnung 2023/956 informiert, die die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) zum Ziel hat. Diese neue Verordnung beinhaltet, als Teil des „Green Deal“-Umweltmaßnahmenpakets, bestimmte Verpflichtungen für Unternehmen, die von CBAM betroffene Waren einführen. Dazu gehört insbesondere die CBAM-Berichtspflicht, die vorsieht, dass die erste Meldung bis spätestens 31.01.2024 bei der für CBAM zuständigen Behörde, der Deutschen Emissionshandelsstelle, eingereicht werden muss.

Angesichts der zeitkritischen Verpflichtung möchten wir Sie gerne darüber in Kenntnis setzen, dass die Einreichung des Berichts für betroffene Waren über das CBAM-Portal "Transitional Registry" erfolgt. Unternehmen haben bereits die Möglichkeit, sich im CBAM-Portal zu registrieren. Nähere Informationen zu den Registrierungsvorgaben sowie dem aktuellen Status des Portals entnehmen Sie bitte diesem **Link**.

Zusätzlich bieten wir Ihnen selbstverständlich unsere Unterstützung bei der Umsetzung der CBAM-Vorgaben durch folgende Dienstleistungen an:

- Durchführung einer CBAM-Betroffenheitsanalyse
- Hilfestellung bei der Registrierung im CBAM-Portal
- Unterstützung und Begleitung im CBAM-Berichtsprozess (Erstellung und Abgabe)

Neue Gebührenpflicht für Amtshandlungen in der Ausfuhrkontrolle

Am 16. September 2023 trat die Besondere Gebührenverordnung des BMWK und des BAFA für Kriegswaffenkontrolle, Ausfuhrkontrolle und Investitionsprüfung in Kraft. Diese Verordnung führt die Erhebung von Gebühren für bestimmte Dienstleistungen ein, die bereits ab dem **1. Januar 2024** beantragt werden. Die Gebühren betreffen vor allem Leistungen im Zusammenhang mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz, der Kriegswaffenunbrauchbarmachungs- und -umgangsverordnung, dem Außenwirtschaftsgesetz, der Außenwirtschaftsverordnung, der EU-Dual-Use-Verordnung (Verordnung (EU) 2021/821) sowie der Anti-Folter-Verordnung (Verordnung (EU) 2019/125).

Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Gebührenverzeichnis in der Anlage zur Gebührenverordnung und ist auch vom Wert der beantragten Güter oder Dienstleistungen abhängig. Den entsprechenden Link zur neu in Kraft getretenen besonderen Gebührenverordnung finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte auch gern der Webseite des **BAFA**.

Ansatz zur Umsetzung der Anforderungen an eine Re-Exportkontrollklausel

Am 16. September 2023 trat die Besondere Gebührenverordnung des BMWK) und Wie wir bereits in der zweiten Dezember-Ausgabe von *Zollrecht aktuell* berichtet haben, wurde durch das 12. Sanktionspaket der Art. 12g neu in die VO (EU) Nr. 833/2014 eingeführt, wonach Ausführer von bestimmten Gütern verpflichtet sind Ihre Ausfuhrverträge bis zum 20. März 2024 dahingehend anzupassen, dass eine Klausel vereinbart werden muss, wonach die vertragsgegenständlichen Güter nicht nach Russland re-exportiert werden dürfen. Der Zielsetzung dieser Regelung folgend, greifen die Verpflichtungen auch für Unternehmen, die keinen direkten Bezug zu Russland (z.B. dortige Geschäftspartner) haben.

Hieraus leiten sich zwei Herausforderungen für Ausführer ab, (i) die betroffenen Güter zu erkennen und (ii) eine vertragliche Regelung zu entwickeln, welche den Voraussetzungen des Art. 12g VO (EU) Nr. 833/2014 n.F. sowie den zivilrechtlichen Anforderungen der beteiligten Jurisdiktionen genügt.

Hierbei kann Sie die PricewaterhouseCoopers GmbH WPG in Kooperation mit der PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft durch einen ganzheitlichen Ansatz unterstützen, wobei zunächst der eigene Güterkreis überprüft wird, um folgend maßgeschneiderte vertragliche Lösungen zu entwickeln, sofern erforderlich.

Folgende Ansprechpartner stehen Ihnen zur Verfügung:

Michael Tervooren (michael.tervooren@pwc.com)

Oliver Kunert (oliver.kunert@pwc.com)

Daniel Kaiser (kaiser.daniel@pwc.com)

Lisa Wiesmann (lisa.wiesmann@pwc.com)

Service

Hinweis SAP GTS

Welche Anforderungen bestehen an den Export in andere Länder oder Regionen? Wie können Sie sicherstellen, dass Sie alle neuen Zollvorschriften zeitgerecht umsetzen? Wie lassen sich die Prozesse schlanker gestalten oder komplett automatisieren? Die Anforderungen an den internationalen Handel wachsen stetig. Für Unternehmen ist es nicht leicht, in diesem Dschungel an Vorschriften den Überblick zu behalten. PwC ist Ihr Ansprechpartner für diese Themen. Wir bieten einen ganzheitlichen Beratungsansatz zu allen Aspekten des Zoll und Außenhandels – von der Strategie bis zur Umsetzung: **SAP GTS - einfach und günstig.**

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 211 981-7641
michael.tervooren@pwc.com

Patrick Kalski
Tel.: +49 211 981-5851
patrick.kalski@pwc.com

Dagmar Obermeyer
Tel: +49 40 6378-1084
dagmar.obermeyer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 211 981-7641

Dagmar Obermeyer
Tel.: +49 40 63 78-1084

Bestellung

Interessenten können unseren Newsletter Zollrecht aktuell [hier](#) bestellen.

(Bitte auf der PwC Internetseite ganz nach unten scrollen).

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2023 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de